



SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT
CONFÉDÉRATION SUISSE
CONFEDERAZIONE SVIZZERA
CONFEDERAZIUN SVIZRA

Monitoring NEE

Bericht zum 1. Quartal 2006 und zum zweiten Jahr Sozialhilfestopp

Berichtsperiode 1. April 2005 bis 31. März 2006

Auswirkungen des Ausschlusses von Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid aus dem Sozialhilfesystem des Asylbereichs (Sozialhilfestopp NEE)

Bern-Wabern, August 2006

Zusammenfassung

Mit dem Sozialhilfestopp für Personen mit einem Nichteintretensentscheid (Nothilfe statt Sozialhilfe) sollte erreicht werden, dass diese Personen die Schweiz verlassen, dass weniger unbegründete Asylgesuche eingereicht werden und dass dadurch Einsparungen erzielt werden.

Im Vorfeld wurde befürchtet, dass die Kriminalität zunimmt, dass die betroffenen Personen untertauchen, dass verletzte Personen den nötigen Schutz nicht erhalten und dass die Rückkehr wegen der fehlenden Identitätspapiere nicht möglich sein wird.

Nach 2 Jahren kann nun eine **positive Gesamtbilanz** gezogen werden: Die Ziele wurden erreicht und die im Vorfeld geäusserten Befürchtungen sind nicht eingetreten:

- Von allen Personen, die vom 1. April 2004 bis zum 31. März 2006 einen rechtskräftigen NEE erhalten haben (6'685), haben rund **zwei Drittel nie Nothilfe** bezogen. Für den grössten Teil dieser Personen ohne Nothilfebezug bestehen keine Hinweise auf weiteren illegalen Aufenthalt in der Schweiz;
- Die Anzahl unbegründeter Asylgesuche hat abgenommen; im Vergleich zum Vorjahr ist 2005 ein Rückgang von rund 30 % zu verzeichnen. Dieser Gesuchsrückgang entspricht zwar einem gesamteuropäischen Trend, doch ist er in der Schweiz besonders markant. Demgegenüber hat die Anerkennungsquote zugenommen. Sie betrug per Ende 2005 13.6 %, Ende Juli 2006 15.6 %;
- Ein Anstieg der Kriminalität und eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit konnte nicht festgestellt werden. Die Kriminalitätsrate von Personen mit einem Nichteintretensentscheid ist weniger hoch als bei Asylsuchenden;
- Rund die Hälfte der Anhaltungen erfolgte wegen illegalem Aufenthalt, ein Viertel wegen Betäubungsmittel- und Vermögensdelikten, ein Viertel verteilt sich auf übrige Straftatbestände (z.B. Hausfriedensbruch, Drohung). Insgesamt handelt es sich dabei vorwiegend um Bagatelldelikte (Ladendiebstahl, Sachbeschädigung, Schwarzfahren etc.);
- Über alle 8 Quartale hinweg gesehen, beträgt die durchschnittliche Dauer des Nothilfebezugs pro Person 113 Tage. Die Dauer der Nothilfe bei Personen mit Nichteintretensentscheiden ist rund dreieinhalbmal kürzer als die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Personen mit einem negativen Asylentscheid, welche Sozialhilfe erhalten;
- Verletzte Personen haben den nötigen Schutz und die nötige Unterstützung erhalten;
- Die Kosten der Kantone für die Nothilfe waren in den ersten 12 Monaten (April 04 - März 05) gesamtschweizerisch betrachtet gedeckt; seit dem 2. Quartal 2005 reichten indessen die Bundesentschädigungen nicht mehr aus. Aus diesem Grund hat der Bundesrat am 1. April 2006 die **Nothilfepauschale** von 600 Franken - rückwirkend per 1. Januar 2005 - auf **1'800 Franken** pro rechtskräftigen Nichteintretensentscheid **erhöht**. Gleichzeitig hat er trotz dem Rückgang der Asylgesuchszahlen auf eine Kürzung der Betreuungskostenpauschale in der Höhe von gesamthaft 20 Mio. Franken im Jahre 2006 verzichtet (sog. **Asylkompromiss**).
- Dank der erhöhten Nothilfepauschale sind die Nothilfekosten der Kantone für neurechtliche Fälle gesamtschweizerisch betrachtet bis Ende März 2006 gedeckt. Nicht gedeckt durch die Nothilfepauschale sind die Strukturkosten. Dank dem Asylkompromiss kann jedoch eine Kostenverlagerung auf die Kantone in den Jahren 2005 und 2006 vermieden werden.

Bericht zum 1. Quartal 2006 und zum zweiten Jahr Sozialhilfestopp (Berichtsperiode 01.04.2005 bis 31.03.2006)

1. Das Wichtigste zum 1. Quartal 2006

Zahl der Nothilfe beziehenden Personen: Die Anzahl der um Nothilfe ersuchenden Personen mit *neurechtlichem NEE* ist im Vergleich zum Vorquartal gestiegen (Vorquartal: 878, aktuelles Quartal 908). Für die 4'990 Personen, deren NEE schon vor dem 1. April 2004 rechtskräftig wurde (*Übergangsfälle*), übernahm der Bund im Bedarfsfall bis 31. Dezember 2004 die normalen Sozialhilfekosten. Sie werden deshalb erst seit dem 1. Quartal 2005 mit dem Monitoring NEE erfasst. Im 1. Quartal 2006 sind von diesen Personen noch 860 bzw. 17 % als Nothilfebeziehende aufgetreten (im Vorquartal 971). Werden die Übergangsfälle einbezogen, richteten die Kantone in diesem Quartal an 1'768 Personen Nothilfeleistungen aus, im Vorquartal waren es 1'849 Personen.

Profil Nothilfebeziehender: Bei den Personen mit neurechtlichem NEE handelt es sich ähnlich wie im Vorquartal bei 87 % um Männer. 10 % der Nothilfebeziehenden sind jünger als 18 Jahre, 70 % zwischen 18 und 30 und 20 % älter als 30 Jahre. Herkunftsstaat und Kontinent von gut 36 % dieser Personen sind nicht bekannt¹. Die rund zwei Drittel Nothilfebeziehenden mit bekannter Nationalität kommen aus 65 verschiedenen Nationen. Darunter sind Personen aus Nigeria, Guinea, Serbien und Montenegro, Algerien und Georgien am häufigsten vertreten. Personen, die einen zwangsweisen Vollzug der Wegweisung befürchten müssen, zeigen weniger Neigung, Nothilfe zu beziehen als Personen, bei denen der zwangsweise Vollzug erschwert oder unmöglich ist.

Nothilfekosten für Personen mit neurechtlichen NEE: Die Nothilfekosten sind im Vergleich zum Vorquartal gesunken (von 1'560'000 auf 1'311'000 Franken²). Davon entfallen 39 % auf den Kanton Zürich, 15 % auf den Kanton Waadt und 10 % auf den Kanton Bern.

Die Kosten - ohne jene für Gesundheitsleistungen - sind pro Tag und Person von 26 auf 27 Franken gestiegen. Die Bezugsdauer beträgt neu innerhalb eines Quartals 53 Tage gegenüber 62 Tagen im Vorquartal.

Die Kosten für medizinische Leistungen sind im Vergleich zum Vorquartal stark gesunken (Vorquartal: 339'000 Franken; aktuelles Quartal 221'000 Franken). Der Anteil der Gesundheitskosten an den Nothilfekosten ist auf 17 % gesunken (Vorquartal 22 %).

Die Anzahl Personen mit neu rechtskräftig gewordenen NEE, für welche die Kantone eine einmalige Nothilfeentschädigung von 1'800 Franken erhalten, ist im Vergleich zum Vorquartal erneut leicht gesunken (von 525 auf 490). Die Kantone erhalten für das 1. Quartal 2006 Nothilfeentschädigungen in der Höhe von 882'000 Franken. Zusätzlich stellten die Kantone in diesem Quartal Vollzugsentschädigungen von je 1'000 Franken in 37 Fällen in Rechnung³. Diesen Vergütungen stehen Nothilfekosten in der Höhe von 1'311'000 Franken gegenüber. Somit entstand den Kantonen ein Defizit von 392'000 Franken.

¹ Der Anteil der Personen mit unbekanntem Herkunftsstaat an allen Personen, deren NEE im 1. Quartal 2006 rechtskräftig geworden ist, beträgt 21.4 %. Bei den Nothilfebeziehenden ist diese Personengruppe damit stark überproportional vertreten. Es handelt sich überwiegend um vollzugsschwierige Fälle.

² In der Folge werden alle Beträge gerundet angegeben

³ Mit der Vollzugsentschädigung sollen den Kantonen allfällige zusätzliche Kosten abgegolten werden, die während der Vorbereitung der Ausreise entstehen können (namentlich Nothilfekosten, d.h. Kosten für Unterkunft und Unterstützung). Für die Ausreisekosten werden die Kantone separat entschädigt gemäss Art. 54ff. AsylV2.

Nothilfekosten für Übergangsfälle: Die Nothilfekosten für die Übergangsfälle sind gesunken. Sie betragen neu 1'603'000 Franken gegenüber 2'055'000 Franken im Vorquartal (Rückgang um 22 %). 58 % der Kosten fallen auf den Kanton Zürich, 7 % auf den Kanton Waadt und 5 % auf den Kanton Bern. Die Kosten pro Person und Tag bleiben unverändert bei 27 Franken. Die Bezugsdauer innerhalb eines Quartals beträgt 64 Tage (im Vorquartal 71).

Die Kosten für medizinische Leistungen sind um rund 19 % gesunken (Vorquartal: 476'000 Franken, aktuelles Quartal: 383'000 Franken).

Werden die Nothilfekosten für Übergangsfälle mitberücksichtigt, entstand den Kantonen bei Ausgaben in der Höhe von 2'914'000 Franken ein Defizit von 1'995'000 Franken.

Kantonsvergleich: In zehn Kantonen reichen die Nothilfeentschädigungen des Bundes trotz Erhöhung der Pauschale auf 1'800 Franken nicht aus, um die Nothilfekosten der Personen mit neurechtlichem NEE zu decken (siehe Anhang 6a).

Gegenüber dem Vorquartal nahmen die Nothilfekosten der Personen mit neurechtlichem NEE im 1. Quartal 2006 in den Kantonen Waadt und Zürich stark ab, während dem sie in den Kantonen Bern, Neuenburg und Wallis deutlich anstiegen. Im Kanton Waadt nahmen sowohl die Anzahl Nothilfebeziehender als auch die durchschnittliche Bezugsdauer ab. Im Kanton Zürich ist eine starke Abnahme der durchschnittlichen Bezugsdauer verantwortlich für den Kostenrückgang. Die Kantone Bern und Wallis verzeichneten je eine Zunahme der Nothilfebeziehenden gegenüber dem Vorquartal, beim Kanton Neuenburg sind ein deutlicher Anstieg der Gesundheitskosten und eine Zunahme der durchschnittlichen Bezugsdauer verantwortlich für die Kostensteigerung.

Strukturkosten: Zusätzlich zu den Nothilfeleistungen wiesen die Kantone im 1. Quartal 2006 Kosten für nicht belegte Unterbringungs-Strukturen von 1'405'000 Franken aus. Gegenüber dem Vorquartal ergibt sich eine Zunahme von 176'000 Franken (vgl. dazu [Anhang VII](#)). Umgelegt auf die gemeldeten Unterstützungstage im ersten Quartal ergeben sich Durchschnittskosten pro effektiven Unterstützungstag von rund 16 Franken (Vorquartal: 11.5 Franken). Diese Kosten werden vom Bund bislang bei der Berechnung, ob die von ihm entrichteten Nothilfepauschalen die Ausgaben der Kantone decken, nicht berücksichtigt.

Die Auswertung der von den Kantonen gelieferten Daten hat gezeigt, dass die Erhebung der Unterbringungsdaten unterschiedlich gehandhabt wurde. Einige Kantone führten im Nothilfekostenformular nach wie vor Unterbringungs- und teilweise Strukturkosten auf. In diesen Fällen wurden bei der Auswertung die angegebenen Kosten umgruppiert. Bei einigen Kantonen war bei den Angaben auf dem Erhebungsbogen für die Unterbringungskosten die Aufteilung auf Unterbringungskosten im engeren Sinn (d.h. Kosten pro untergebrachte Person und pro Nacht) und Strukturkosten nicht ersichtlich. In diesen Fällen wurden als Unterbringungskosten im engeren Sinn die kantonal differenzierte Unterbringungs- und Strukturpauschale der Asylsuchenden eingesetzt (vgl. dazu [Anhang VII](#)).

Öffentliche Sicherheit: Im 1. Quartal 2006 haben die Polizeibehörden 525 Anhaltungen von insgesamt 352 Personen mit neurechtlichem NEE gemeldet. 322 Anhaltungen (= 61 %) erfolgten ausschliesslich wegen illegalem Aufenthalt. Dieser Prozentsatz übersteigt diejenigen der vorangehenden Quartale, in welchen er zwischen 44 % und 52 % schwankte. Zu bemerken ist der Rückgang der Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz und gegen das Vermögen im ersten Quartal 2006. Diese Delikte machten nur noch 21 % der Anhaltungen aus, während es im Vorquartal noch 25 % waren. Wenn man die Zahl der Anhaltungen der Übergangsfälle dazu rechnet, beläuft sich die Zahl auf 805 Anhaltungen von 558 Personen.⁴

Bei den *Übergangsfällen* nimmt die Zahl der Anhaltungen und der angehaltenen Personen kontinuierlich ab.

⁴ Die Personen, welche in mehreren Kantonen angehalten wurden, werden gesamthaft nur einmal gezählt. Die alten Anhänge 9, welche die Erhebungen pro Kanton enthalten, wurden in diesen Bericht nicht integriert. Sie können, falls nötig, über Monitoring-NEE@bfm.admin.ch bestellt werden

2. Zweites Jahr Sozialhilfestopp (1. April 2005 bis 31. März 2006)

2.1 Entwicklungen im 2. Jahr Sozialhilfestopp

Erhöhung der Nothilfepauschale: Im Rahmen des „Asylkompromisses“ vom Dezember 2005 verzichtete der Bund auf eine Änderung bei der Betreuungskostenpauschale, die die Streichung der strategischen Betreuungsreserven, inkl. des Sockelbeitrags, im Umfang von rund 26 Mio. Franken (bzw. von rund 20 Mio. Franken für 2006 bei einem Inkrafttreten am 1. April 2006) beabsichtigte. Die Kantone stimmten dafür einer Erhöhung der Nothilfepauschale auf 1'800 Franken - statt der ursprünglich geforderten 4'200 Franken - pro rechtskräftigen Nichteintretensentscheid zu. Mit der am 1. April 2006 in Kraft getretenen Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung ausländischer Personen wurde die Nothilfepauschale rückwirkend auf den 1. Januar 2005 von 600 auf 1'800 Franken pro rechtskräftigen Nichteintretensentscheid erhöht.

Rückkehrhilfe in den Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ): Im März 2005 wurde versuchsweise das Projekt Rückkehrhilfe in den EVZ des Bundes eingeführt. Das Projekt beinhaltete Rückkehrberatung, Ausreiseorganisation und finanzielle Hilfe für Personen, die ihr Gesuch zurückziehen oder einen NEE erhalten haben, sofern die Rechtskraft noch nicht eingetreten ist. Im Zentrum stand dabei die persönliche Rückkehrberatung, bei der die Situation der asylsuchenden Person analysiert wird und ihr Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt werden. Mit der am 1. April 2006 in Kraft getretenen Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen wurde die Rückkehrhilfe in den EVZ definitiv eingeführt.

Entwicklung der Nothilfekosten: In den Monitoring-Berichten wird zwischen Nothilfekosten und Strukturkosten unterschieden. Unter Nothilfekosten werden die Kosten für Nahrung, Kleidung, Hygiene, Gesundheit und die konkrete Unterbringung von Personen verstanden. Strukturkosten sind Kosten, die unabhängig von der Auslastung für die Bereitstellung von Unterbringungsstrukturen anfallen (Miete, Unterhalt, Betreuung und Sicherheit). Die Strukturkosten werden vom Bund nicht abgegolten. Die Abgeltungen des Bundes reichten in den ersten zwei Jahren Sozialhilfestopp gesamtschweizerisch aus, um die Nothilfekosten zu decken. Dies vor allem dank der Erhöhung der Nothilfepauschale auf 1'800 Franken. Bei den Strukturkosten hingegen besteht ein Defizit der Kantone. Diesem Umstand wurde mit dem Asylkompromiss (siehe oben) Rechnung getragen.

Im zweiten Jahr des Sozialhilfestopps resultieren für die Kantone aus der Gegenüberstellung von Nothilfekosten und Bundesabgeltungen in drei Quartalen Defizite (s. [Anhang 1](#)). Dies ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen: Als erstes ist der Entscheid des Bundesgerichts vom 18. März 2005 zu erwähnen, nach dem auch unkooperativen Personen Nothilfe zu gewähren ist. Zur Begründung seines Entscheides führt das Bundesgericht aus, dass *„auch illegal Anwesende sich auf Art. 12 BV berufen können. Im Zusammenhang mit der Gewährung der Nothilfe kann vom Leistungsansprecher insbesondere eine gewisse Mitwirkung bei der Feststellung verlangt werden, ob bei ihm eine Notlage vorliegt [...] Auch kann der Leistungsbezug an Auflagen geknüpft werden, etwa an das (zumutbare) persönliche Abholen der Leistungen oder an die geeignete Individualisierung des Bezügers, um eine mehrfache Ausrichtung zu vermeiden. Solche Nebenbestimmungen müssen aber darauf gerichtet sein, die verfassungsmässige Ausübung des Grundrechts zu sichern“*. In Bezug auf den Vorwurf des Rechtsmissbrauchs führt das Bundesgericht sinngemäss aus, Artikel 12 BV schütze nicht ausländerrechtliche Interessen, sondern das Überleben des Beschwerdeführers. Solange er die gewährten Mittel für sein Überleben unter menschenwürdigen Existenzbedingungen verwende, nehme *„er das Rechtsinstitut der Hilfe in Notlagen nicht zweckwidrig in Anspruch.“*

Als zweites ist zu erwähnen, dass die Abgeltungen des Bundes zurückgehen, da aufgrund der rückläufigen Gesuchszahlen auch weniger NEE und damit auch weniger Nothilfepauschalen an die Kantone ausgerichtet werden. Da gleichzeitig die Anzahl der Nothilfebeziehenden und die Bezugsdauer ansteigen, genügen die Abgeltungen des Bundes, wenn man die Strukturkosten dazuzählt, nicht mehr. Erstmals ist jedoch im 1. Quartal 2006 bei beinahe gleich bleibender Anzahl Nothilfebeziehenden wie im 4. Quartal 2005 ein Rückgang der durchschnittlichen Bezugsdauer und eine leichte Kostenverminderung festzustellen. Ob dieser Trend anhält, wird zu beobachten sein.

Neue Erhebung der Unterbringungskosten: Im 4. Quartal 2005 kamen erstmal die neuen, in Absprache mit dem Kontaktgremium Monitoring NEE (je ein Vertreter von KKJPD, SODK und VKM) erstellten Erhebungsbogen für die Unterbringungskosten zur Anwendung. Die zuständigen kantonalen Stellen wurden im September 2005 über die neue Erhebungsart (Konzept und Anleitung) informiert. Die Änderung hatte zum Ziel, den Anteil der Unterbringungskosten, der unabhängig von der konkreten Belegung anfällt, genauer zu definieren, indem die Unterbringungskosten (Übernachtung) und die Kosten für die Bereitstellung der entsprechenden Unterbringungsstrukturen (Miete, Unterhalt, Betreuung und Sicherheit) separat gemeldet werden (vgl. "Entwicklung der Nothilfekosten", [S. 6](#)). Bis anhin wurden diese beiden Kostenarten nicht klar unterschieden, sodass Übernachtungskosten teilweise als Strukturkosten registriert wurden und umgekehrt. Die Unterscheidung ist wichtig, da der Bund die Strukturkosten bei der Berechnung, ob die von ihm entrichteten Nothilfepauschalen die Ausgaben der Kantone decken, nicht berücksichtigt. Durch diese Änderung wird die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Quartalen der Berichtszeit eingeschränkt, da sich als Folge der geänderten Erhebung eine Verringerung der Strukturkosten und im Gegenzug eine Erhöhung der Nothilfekosten im engeren Sinn (Nahrung, Kleidung, Hygiene, Unterbringung, Gesundheit) ergibt.

Entwicklungen bei der öffentlichen Sicherheit: Ein Anstieg der Kriminalität und eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit konnte nicht festgestellt werden; dies wird seitens der Polizei und der betroffenen Städte und Gemeinden bestätigt. Aus Sicht der Vollzugsbehörden sind Personen mit einem NEE im Bereich der Kriminalität nicht problematischer als andere Personen aus dem Asylbereich. Es gibt keine Statistiken, die belegen, dass die Kriminalität wegen dem Sozialhilfestopp zugenommen hat.

2.2 Fakten zu den Personen mit einem in den vier Quartalen 2/05 bis 1/06 rechtskräftig gewordenen Nichteintretensentscheid (NEE)

Zahl der Personen mit NEE: Im zweiten Jahr seit Inkrafttreten des Sozialhilfestopps (April 05 - März 06) sind 2235 NEE rechtskräftig geworden. Das bedeutet gegenüber dem ersten Jahr Sozialhilfestopp mit 4450 rechtskräftigen NEE einen Rückgang von 50 %. Darin bildet sich zeitverzögert der starke Rückgang der Nichteintretensentscheide im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr ab (- 51 %). Insgesamt sind in diesen zwei Jahren 6'685 NEE rechtskräftig geworden.

NEE in den Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) und in den Kantonen: Von den NEE, die im zweiten Jahr des Sozialhilfestopps rechtskräftig wurden, sind rund 69 % in den Empfangszentren gefällt worden, 31 % nach einer Zuweisung der Personen auf die Kantone. Im ersten Jahr des Sozialhilfestopps hatten diese Anteile 47 %, respektive 53 % betragen.

52 % der NEE wurden nicht nur in den EVZ gefällt, sondern auch dort rechtskräftig (1. Jahr: 31 %). Die betroffenen Personen wurden somit nur virtuell für einen allfälligen Vollzug der Wegweisung auf die Kantone verteilt. 48 % der NEE wurden demgegenüber erst nach einer Zuweisung in die Kantone rechtskräftig (1. Jahr: 69 %).

Diese Zahlen zeigen die Tendenz, dass die Verfahren schneller entschieden werden. Immer häufiger tritt die Rechtskraft auch bereits in den EVZ ein, womit die davon betroffenen Personen nicht mehr tatsächlich auf die Kantone verteilt werden. Dies wiederum vermindert die Wahrscheinlichkeit, dass diese Personen in den Kantonen Nothilfe beantragen.

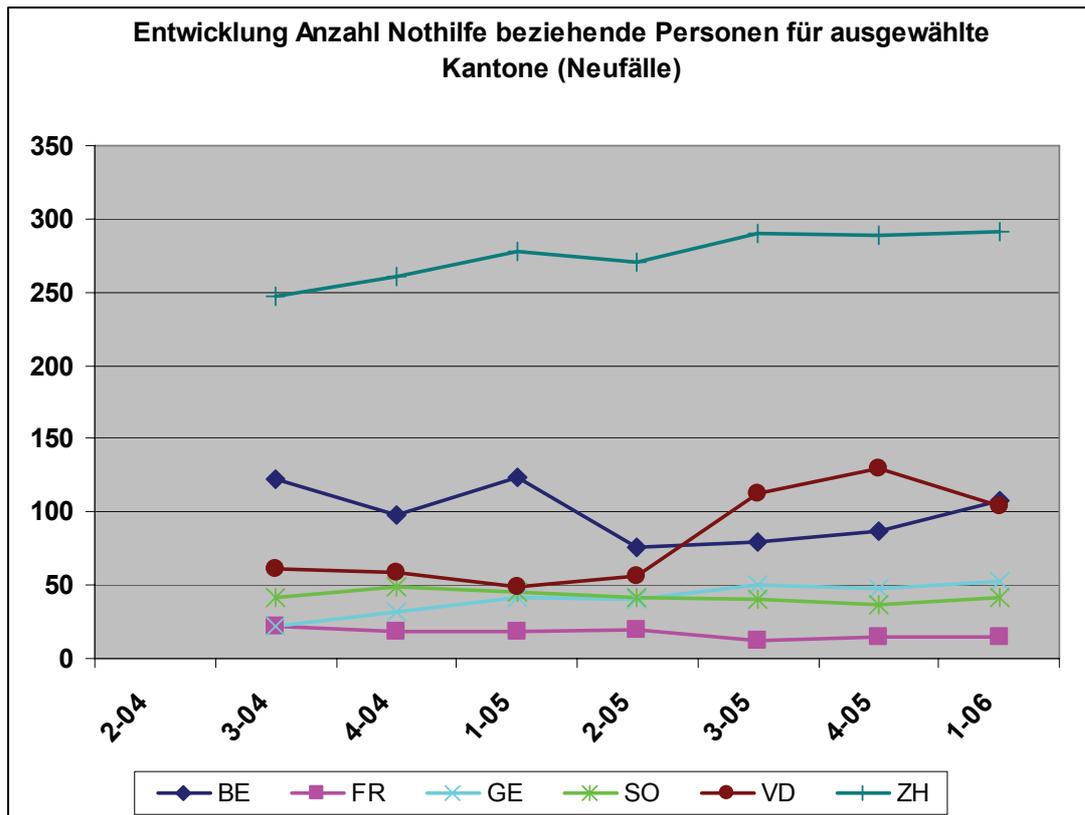
Profil der betroffenen Personen: Die Zusammensetzung nach Nationalitäten hat sich gegenüber dem ersten Jahr Sozialhilfestopp nur geringfügig verändert. Namentlich der Anteil der rechtskräftigen NEE, die Personen aus Serbien und Montenegro betreffen ist von 9 % auf 14 %, der Anteil von Personen aus Bulgarien von 6.3 % auf 8.5 % gestiegen. Dagegen ist der Anteil von Personen mit unbekannter Nationalität, deren NEE rechtskräftig geworden ist, auf 16.7 % zurückgegangen. Im ersten Jahr Sozialhilfestopp hatte er noch fast 20 % betragen. Nach wie vor kommen die meisten Personen mit unbekannter Nationalität vom afrikanischen Kontinent. Auch die Zusammensetzung der rechtskräftigen NEE nach Geschlecht und Alter hat sich gegenüber dem 1. Jahr Sozialhilfestopp kaum verändert. Nach wie vor beträgt das Verhältnis zwischen Männern und Frauen ungefähr 4 zu 1 und betroffen sind vor allem junge Erwachsene: in beiden Jahren sind rund 62 % zwischen 18 und 29 Jahre alt.

Der Anteil der NEE, die nach einer Verfahrensdauer von weniger als 6 Monaten rechtskräftig geworden sind, hat im 2. Jahr Sozialhilfestopp gegenüber dem 1. Jahr um 5 % auf rund 82 % zugenommen. Darin zeigt sich das allgemeine Bestreben, das Asylverfahren weiter zu beschleunigen und den Betroffenen rasch Klarheit zu geben über die Aussichten ihres Asylgesuchs und ihres Verbleibs in der Schweiz.

2.3 Nothilfebeziehende im zweiten Jahr Sozialhilfestopp NEE

Zahl der Nothilfe beziehenden Personen: Die Entwicklung der um Nothilfe ersuchenden Personen mit neurechtlichem NEE zeigt über die Berichtsperiode hinweg eine ständige Zunahme. Insbesondere im Kanton Waadt ist die Zahl der Nothilfe beziehenden Personen im 2. Jahr des Nothilfestopps stark gestiegen (2. Quartal 05: 56 Nothilfebeziehende; 1. Quartal 06: 104 Nothilfebeziehende)⁵.

⁵ Darin zeigen sich Auswirkungen des Urteils des Verwaltungsgerichts des Kantons VD vom 15. Juni 2005, wonach Personen mit rechtskräftigem NEE mangels kantonaler gesetzlicher Grundlage nicht von der ordentlichen Sozialhilfe ausgeschlossen werden können.



Profil der Nothilfebeziehenden: Das Profil der Nothilfebeziehenden hat sich über die vier Quartale kaum verändert. 87 % sind Männer, 70 % der Nothilfebeziehenden sind zwischen 18 und 30 Jahre alt. Neben Personen mit unbekannter Nationalität (36 % der Nothilfebeziehenden) sind die Herkunftsstaaten Nigeria, Guinea, Serbien und Montenegro, Algerien und Georgien (gesamthaft 28 %) wie bereits in den Vorquartalen am häufigsten vertreten. Personen, die einen zwangsweisen Vollzug der Wegweisung befürchten müssen, zeigen weniger Neigung, Nothilfe zu beziehen als Personen, bei denen der zwangsweise Vollzug erschwert oder unmöglich ist.

2.4 Nothilfekosten im zweiten Jahr Sozialhilfestopp NEE

Nothilfekosten für Personen mit neurechtlichen NEE: Für Nothilfeleistungen an Personen mit neurechtlichem NEE sind in den Kantonen im zweiten Berichtsjahr Kosten in der Höhe von rund 5.1 Millionen Franken entstanden. Diesen standen Bundesabgeltungen von 4.2 Millionen Franken gegenüber. Den Kantonen entstand für das zweite Berichtsjahr ein Defizit in der Höhe von 910'000 Franken. Über beide Jahre Sozialhilfestopp hinweg gesehen, halten sich gesamtschweizerisch die Nothilfekosten für die Neufälle mit 7,7 Mio. Franken und die Bundesabgeltungen mit 7,8 Mio. Franken⁶ in etwa die Waage.

Einerseits geht die Abgeltung des Bundes zurück, weil die rückläufigen Gesuchszahlen weniger NEE und damit weniger Nothilfepauschalen zur Folge haben. Andererseits steigt insbesondere die Zahl der Nothilfebeziehenden und die Bezugsdauer bis und mit 4. Quartal 2005 weiter an. Erstmals ist jedoch im 1. Quartal 2006 bei beinahe gleich bleibender Anzahl Nothilfebeziehenden wie im 4. Quartal 2005 ein Rückgang der durchschnittlichen Bezugsdauer festzustellen. Namentlich bei den Kantonen Aargau, Luzern, St. Gallen, Waadt

⁶ Vollzugsentschädigungen von insgesamt 300'000 Franken eingeschlossen, vgl. dazu auch Fussnote 3

und Zürich ist ein deutlicher Rückgang der durchschnittlichen Bezugsdauer festzustellen. Ob dieser Rückgang nachhaltig ist, wird sich aber erst in den Folgequartalen zeigen. Im Kanton Zürich könnte die Rotationsstrategie (Nothilfebeziehende haben in der Regel nach 7 Tagen die Unterbringungsstruktur zu wechseln) eine Ursache für den Rückgang sein.

Die durchschnittlichen Kosten pro Tag und Person stiegen vom 2. Quartal 2005 zum 1. Quartal 2006 von 22 auf 27 Franken an. Dieser starke Anstieg der Durchschnittskosten ist vor allem auf die neue Erhebungsmethode zurückzuführen, die im 4. Quartal 2005 zum Einsatz gekommen ist (vgl. "Neue Erhebung der Unterbringungskosten", [S. 7](#)).

Der Anteil der Gesundheitskosten an den Gesamtkosten ist von 21 % auf 17 % gesunken. Die durchschnittlichen Gesundheitskosten pro Person/Tag sind von 8 Franken auf 6 Franken gesunken.

Nothilfekosten für Übergangsfälle: Die Anzahl um Nothilfe nachsuchender Personen mit einem altrechtlichen NEE nahm im Verlauf der vier Quartale des zweiten Jahres Sozialhilfestopp beinahe kontinuierlich ab, von 1047 auf 860 Personen. Diese Entwicklung schlug sich aber erst im letzten Quartal der Berichtsperiode (1. Quartal 2006) in Form von sinkenden Nothilfekosten nieder. In den drei Quartalen zuvor waren die Kosten entgegen der Entwicklung der Anzahl Nothilfebeziehender angestiegen. Eine Ursache für den Kostenrückgang im 1. Quartal 2006 liegt im Rückgang der durchschnittlichen Bezugsdauer (4. Quartal 2005: 71 Tage; 1. Quartal 2006: 64 Tage).

Die durchschnittlichen Kosten pro Tag und Person stiegen bei den Übergangsfällen vom 2. Quartal 2005 zum 1. Quartal 2006 von 20 auf 27 Franken an. Auch hier ist der starke Anstieg der Durchschnittskosten vor allem auf die neue Erhebungsmethode zurückzuführen, die im 4. Quartal 2005 zum Einsatz gekommen ist (vgl. "Neue Erhebung der Unterbringungskosten", [S. 7](#)).

Der Anteil der Gesundheitskosten an den Gesamtkosten ist im Berichtsjahr von 22 % auf 24 % gestiegen.

Strukturkosten: Im zweiten Jahr Sozialhilfestopp verzeichneten die Kantone insgesamt rund 6,2 Mio. Franken an Kosten für die Bereitstellung von Unterbringungsstrukturen. Gegenüber dem ersten Jahr (4,1 Mio. Franken) bedeutet dies eine Zunahme von 50 %. Im Vergleich dazu nahmen die Unterstützungstage für Neufälle vom ersten zum zweiten Jahr Sozialhilfestopp um 30 % zu. Diese Kosten werden vom Bund bislang bei der Berechnung, ob die von ihm entrichteten Nothilfepauschalen die Ausgaben der Kantone decken, nicht berücksichtigt.

Die Kosten für die Unterbringungsstrukturen entwickeln sich nicht proportional zur Anzahl der untergebrachten Personen, sondern in Kostensprüngen, z.B. wenn die Zugangskontrolle wegen stärkerer Belegung personell ausgebaut werden muss. Ganz überwiegend handelt es sich bei den Strukturkosten um Personalkosten für die Basisbetreuung der Strukturen und die Zugangskontrolle.

Die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Quartalen ist eingeschränkt infolge einer Änderung der Erhebung ab dem 4. Quartal 2005 (vgl. "Neue Erhebung der Unterbringungskosten", [S. 7](#)). Dies führte in den letzten beiden Berichtsquartalen gegenüber den ersten beiden Quartalen zu einer Verringerung der Strukturkosten und im Gegenzug zu einer Erhöhung der Nothilfekosten im engeren Sinn (Nahrung, Kleidung, Hygiene, Unterbringung, Gesundheit).

2.5. Öffentliche Sicherheit im zweiten Jahr Sozialhilfestopp NEE

2.5.1 Neurechtliche Fälle

Die nachfolgende Tabelle fasst die Art und die Häufigkeit der gemeldeten Anhaltungen von Personen mit einem rechtskräftigen NEE zusammen.

	2Q-04	3Q-04	4Q-04	1Q-05	2Q-05	3Q-05	4Q-05	1Q-06
Anzahl angehaltene Personen	200	292	360	385	313	342	271	352
Anzahl Anhaltungen	265	409	553	668	524	468	378	525
nur illegaler Aufenthalt	117	213	250	317	259	228	178	322
Delikte gegen das Betäubungsmittelgesetz	35	67	91	69	71	64	67	68
Delikte gegen das Vermögen	24	45	68	50	50	37	31	43

Wie bereits während des ersten Jahres Sozialhilfestopp betrifft der grösste Anteil der Anhaltungen ausschliesslich den illegalen Aufenthalt (52 %). Die absolute Anzahl Anhaltungen im Zusammenhang mit Vermögensdelikten und Delikten gegen das Betäubungsmittelgesetz blieb über alle Quartale hinweg niedrig. Sie bietet weiterhin keinen Anlass zur Besorgnis.

Verteilung pro Kanton: Die Verteilung der angehaltenen Personen blieb über 12 Monate gesehen relativ konstant. Die Kantone Aargau, Bern, Basel-Stadt, Genf und Zürich weisen mit 60 % die grösste Anzahl Anhaltungen auf.

Anhaltungen ausserhalb des Zuweisungskantons: In diesem Bereich sind die Differenzen von einem Kanton zum anderen sehr gross. Im Kanton Basel-Stadt betrafen nur 10 % der Anhaltungen Personen, die diesem Kanton zugewiesen sind, im Kanton Genf waren es 30 %. Im Gegensatz dazu betrug die Anzahl der Anhaltungen von Personen, die dem Kanton Tessin, der ja auch ein Grenzkanton ist, zugewiesen worden waren, 70 %. Das ist vielleicht darauf zurück zu führen, dass der Kanton Tessin kein Stadtkanton ist, wie die Kantone Basel-Stadt und Genf. Diese Quote war auch in den Kantonen Bern (74 %), Zürich (66 %) und Waadt (61 %) recht hoch. Ein Maximum erreichte sie mit 97 % im Kanton Aargau.

2.5.2 Übergangsfälle

Die folgende Tabelle fasst die gemeldeten Anhaltungen bei den Übergangsfällen zusammen.

	1Q - 05	2Q - 05	3Q - 05	4Q - 05	1Q - 06
Anzahl angehaltene Personen	478	426	286	223	206
Anzahl Anhaltungen	765	554	375	309	280
nur illegaler Aufenthalt	343	266	178	118	130
Delikte gegen das Betäubungsmittelgesetz	114	96	65	50	48
Delikte gegen das Vermögen	47	36	23	18	23

Die Anhaltungen ausschliesslich wegen illegalem Aufenthalt haben im vergangenen Jahr rund 46 % aller Anhaltungen ausgemacht. Eine Ausnahme bildet das 4. Quartal 2005, in welchem sie sich nur auf 38 % beliefen. Wie bei den Neufällen verharrte die Anzahl Anhal-

tungen im Zusammenhang mit Vermögensdelikten und Delikten gegen das Betäubungsmittelgesetz insgesamt auf tiefem Niveau. Bei den Delikten gegen das Betäubungsmittelgesetz war im zweiten Jahr Sozialhilfestopp sogar ein stetiger Rückgang zu verzeichnen.

Verteilung pro Kanton: Der Kanton Waadt hat den Kanton Basel-Stadt in der Liste der 5 Kantone (AG, BE, GE, VD, ZH), welche die grösste Anzahl Anhaltungen ausweisen, abgelöst. Im Durchschnitt fanden 65 % aller Anhaltungen in diesen Kantonen statt.

2.6 Weitere Feststellungen zum zweiten Jahr Sozialhilfestopp

Unbegleitete Minderjährige: Insgesamt erhielten 340 unbegleitete Minderjährige im Verlauf der 2 Jahre Sozialhilfestopp einen NEE. Am 31. März 2006, d.h. also am Ende des 1. Quartals 2006, waren davon noch 65 Personen minderjährig. Die Anzahl Entscheide betreffend unbegleitete Minderjährige ist im Verlauf der Berichtsperiode laufend gesunken. Im 1. Quartal 2006 gab es nur noch drei NEE, die unbegleitete minderjährige Personen betreffen. Parallel dazu melden die Kantone immer weniger unbegleitete Minderjährige, sowohl bezüglich der Inanspruchnahme von Nothilfe wie auch bezüglich polizeilichen Anhaltungen. Im 1. Quartal 2006 sind nur noch 11 unbegleitete Minderjährige 24mal registriert worden. Von diesen 11 unbegleiteten Minderjährigen ist eine Person 14 Jahre alt, eine ist 15 jährig und die übrigen 9 Personen sind zwischen 17 und 18 Jahre alt. Unbegleitete Minderjährige werden, unter Berücksichtigung der Kinderrechtskonvention, von den zuständigen Kantonen altersgerecht und den Bedürfnissen im Einzelfall entsprechend untergebracht und betreut.

Auswirkungen der Verfahrensdauer auf den Nothilfebezug: Die bereits früher festgestellte Tendenz, dass bei den Nothilfebeziehenden die Personen mit längerer Verfahrensdauer überproportional vertreten sind, zeigt sich auch nach den Erfahrungen von zwei Jahren Sozialhilfestopp. Der Anteil der Personen mit einer Verfahrensdauer von über sechs Monaten an der Gesamtheit aller Personen mit einem seit dem 1. April 2004 rechtskräftig gewordenen NEE beträgt 21.7 %. Bei den Personen, die im Verlauf der zwei Jahre Sozialhilfestopp mindestens einmal Nothilfe bezogen haben⁷ beträgt der Anteil dieser Personenkategorie demgegenüber 27 %.

Dauer des Nothilfebezugs: Nach dem zweiten Jahr Sozialhilfestopp ist festzustellen, dass rund 64 % der Personen mit einem rechtskräftigen NEE überhaupt nie Nothilfe bezogen haben. Dieser Anteil hatte nach dem ersten Jahr Sozialhilfestopp rund 66 % betragen. Nach wie vor hat also nur ungefähr jede dritte Person mit einem rechtskräftigen NEE überhaupt je um Nothilfe nachgesucht. Mit zunehmender Dauer des Sozialhilfestopps hat sich damit kein bedeutender Lern- oder Nachahmeffekt unter den Personen mit einem rechtskräftigen NEE eingestellt, der zu einem vermehrten Nothilfebezug grösserer Personenkreise geführt hat.

Über alle acht Quartale hinweg gesehen beträgt die durchschnittliche Dauer des Nothilfebezugs pro Person 113 Tage. Nach vier Quartalen Sozialhilfestopp betrug die durchschnittliche Dauer noch 68 Tage. Um diese Werte vergleichbar zu machen, wird der Quotient herangezogen aus der maximal möglichen Bezugsdauer (1 Jahr = 360 Tage; 2 Jahre = 720 Tage) und der durchschnittlichen Bezugsdauer nach einem Jahr, respektive nach zwei Jahren. Dieser Quotient beträgt nach zwei Jahren 0.15 respektive betrug nach einem Jahr 0.18. Das Verhältnis zwischen maximal möglicher Bezugsdauer und durchschnittlicher Bezugsdauer der Nothilfebeziehenden hat sich damit im zweiten Jahr Sozialhilfestopp verbessert.

⁷ Personen, die ausschliesslich Gesundheitskosten verursachten, sind nicht berücksichtigt

Wirkung auf Ausreise und Verbleib von Personen mit neurechtlichem NEE: Im 1. Quartal 2006 traten noch 163 oder rund 9 % der 1'788 Personen mit einem NEE aus dem 2. Quartal 2004 als Nothilfebeziehende auf. Im ersten Quartal 2005 waren es 243 oder 14 % gewesen. Dieser Rückgang ist auch bei den Personen mit einem später rechtskräftig gewordenen NEE festzustellen:

Quartal der Rechtskraft	Anzahl rechtskräftige NEE	Nothilfebezug im 1. Quartal 2005	%	Nothilfebezug im 1. Quartal 2006	%
2. Quartal 2004	1788	243	13.6	163	9.1
3. Quartal 2004	1185	185	15.6	100	8.4
4. Quartal 2004	831	160	19.2	64	7.7
1. Quartal 2005	646	158	24.4	55	8.5

Bei Personen mit einem NEE, dessen Rechtskraft schon weit zurückliegt und die bisher nicht als Nothilfebeziehende in Erscheinung getreten sind, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sie auch in der Folge nicht mehr auftreten. So haben nur 34 Personen, deren NEE im 2. Quartal 2004 rechtskräftig geworden ist, während dem 2. Jahr des Sozialhilfestopps neu Nothilfe bezogen. Bei den Personen mit einem NEE aus dem 3. Quartal 2004 waren es 35 Personen. Damit liegt die Vermutung nahe, dass die übrigen Personen die Schweiz inzwischen verlassen haben.

Am Ende des zweiten Jahres Sozialhilfestopp lässt sich gemäss der Datenbank des Bundesamtes für Migration (Automatisiertes Personenregistratursystem, AUPER) feststellen, dass rund 19 % der Personen mit einem ab dem 1. April 2004 rechtskräftigen NEE inzwischen kontrolliert ausgewandert sind, respektive in den Heimatstaat zurückgeführt wurden. Am Ende des ersten Jahres Sozialhilfestopps hatte dieser Prozentsatz noch rund 14 % betragen. Obwohl im Vordergrund als Ziel des Sozialhilfestopps immer noch die selbstständige Ausreise aus der Schweiz steht, zeigen sich darin die verstärkten Vollzugsbemühungen respektive eine verstärkte aktive Förderung der freiwilligen Ausreise bei Bund und Kantonen.

Wirkung auf Ausreise und Verbleib von Übergangsfällen: Für die 4'990 Personen, deren NEE schon vor dem 1. April 2004 rechtskräftig wurde (Übergangsfälle), übernahm der Bund im Bedarfsfall noch bis 31. Dezember 2004 die normalen Sozialhilfekosten, danach wurde der Sozialhilfestopp auch für diesen Personenkreis wirksam. Sie werden deshalb erst seit dem 1. Quartal 2005 mit dem Monitoring NEE erfasst. Seit dem 1. Quartal 2005 hat die Anzahl Nothilfe beziehende Personen mit Übergangsfallstatus deutlich abgenommen (-27 %). Im 1. Quartal 2005 wurden 1178 Nothilfe beziehende Übergangsfälle verzeichnet, im 1. Quartal 2006 waren es noch 861 Personen, 48 % davon im Kanton Zürich, 9 % im Kanton Waadt und 7 % im Kanton Bern. Die in absoluten Zahlen grösste Abnahme von Nothilfe beziehenden Personen bei den Übergangsfällen verzeichnen seit dem 1. Quartal 2005 ebenfalls die Kantone Zürich (-119 Personen), Bern (-86) sowie Genf und St. Gallen (-32 resp. -23).

Seit dem 1. Januar 2005 sind insgesamt 1'684 Übergangsfälle als Nothilfebeziehende aufgetreten (Personen mit Nothilfebezug in mehreren Quartalen nur einmal gezählt). Zwei Drittel der Übergangsfälle haben also nach dem 31. Dezember 2004 überhaupt nie Nothilfe bezogen.

Polizeiliche Anhaltungen: Von 1788 Personen, deren Nichteintretensentscheid im 2. Quartal 2004 rechtskräftig wurde, wurden ein Jahr später, d.h. im 1. Quartal 2005, 136 Personen unter den angehaltenen Personen aufgeführt. Im 1. Quartal 2006 wurden noch 49 Personen aus dieser Personengruppe angehalten. Von diesen 49 Personen wurden 18 Personen sowohl im 1. Quartal 2005 als auch im 1. Quartal 2006 angehalten.

Rückkehrhilfe in den Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) des Bundes: Seit Einführung der Rückkehrhilfe in den EVZ am 1. März 2005 haben sich 709 Personen angemeldet. Davon sind bis zum 31. März 2006 543 Personen tatsächlich ausgereist. Etwas mehr als 50 % dieser Personen haben nach dem Rückzug ihres Asylgesuchs und rund 30 % haben nach einem erstinstanzlichen NEE Rückkehrhilfe in Anspruch genommen

Von den aufgrund der Rückkehrhilfe in den EVZ ausgereisten Personen sind drei Viertel männlich, ein Viertel weiblich. Rund 60 % der ausgereisten Personen sind allein stehend, ein Viertel sind Familien.

Impressum

AutorInnen des Direktionsbereiches Bürgerrecht, Integration & Bundesbeiträge, Bundesamt für Migration:

- Simone Bischoff, Leitung
- Marie-Pascale Bagnoud
- Susanne Baumgartner
- Petra Graf
- Martin Michel
- Isabelle Schenker

Übersetzung:

- Sprachdienst BFM (französische Version)
- Zentraler Italienischer Sprachdienst GS/EJPD (italienische Version)

BFM-Begleitgruppe:

- Direktionsbereich Asylverfahren: Christian Zumwald
- Direktionsbereich Einreise, Aufenthalt & Rückkehr: Christoph Feldmann, Peter Wenger

Externe Begleitgruppe Monitoring NEE

- | | |
|-----------------------------|---|
| ▪ SODK | Gérald Rohrbach, VD |
| ▪ GDK | Patrick Bodenmann, PMU Lausanne - Policlinique Médicale Universitaire, VD |
| ▪ VKM | Erich Dürst, VD
Adrian Baumann, ZH |
| ▪ KKPKS | Karin Keller, KAPO ZH |
| ▪ SKOS | Ruedi Hofstetter, ZH |
| ▪ Asyl-Organisation Zürich | Thomas Kunz |
| ▪ Ausländeramt TG | Rolf Bruderer |
| ▪ Departement des Innern AG | Andreas Bamert-Rizzo |
| ▪ BFM | Simone Bischoff (Vorsitz) |

Kontaktgremium Monitoring NEE

- | | |
|---------|--------------------------|
| ▪ SODK | Ernst Zürcher |
| ▪ KKJPD | Roger Schneeberger |
| ▪ VKM | Adrian Baumann, ZH |
| ▪ BFM | Mario Gattiker (Vorsitz) |

Anhänge

		Seite
<u>Anhang I</u>	Wichtigste Kennzahlen auf einen Blick	17
<u>Anhang II</u>	Rechtskräftige NEE nach Nationalität (Neufälle)	18
<u>Anhang III</u>	Rechtskräftige NEE nach Verfahrensdauer (Neufälle)	19
<u>Anhang IIIa</u>	Gemeldete Personen (Nothilfe und/oder Anhaltung) im 1. Quartal 2006 nach Quartal der Rechtskraft des NEE (Neufälle)	19
<u>Anhang IIIb</u>	Gemeldete Personen (Nothilfe und/oder Anhaltung) im 1. Quartal 2006 nach Quartal der Rechtskraft des NEE (Grafik)	20
<u>Anhang IV</u>	Nothilfe: Durchschnittliche Bezugsdauer pro Kanton und Quartal (Neufälle)	21
<u>Anhang V</u>	Nothilfe: Verhältnis Nothilfebeziehende (ohne Gesundheitskosten) zu zugeteilten Personen mit rechtskräftigem NEE pro Kanton (Neufälle)	22
<u>Anhang VIa</u>	Nothilfekosten OHNE Übergangsfälle	23
<u>Anhang VIb</u>	Nothilfekosten INKLUSIVE Übergangsfälle	24
<u>Anhang VIc</u>	Nothilfekosten NUR Übergangsfälle	25
<u>Anhang VII</u>	Kosten für Unterbringungs-Strukturen im 1. Quartal 2006	26
<u>Anhang VIII</u>	Bilanz der Kosten und Bundesentschädigungen über die vergangenen acht Quartale	27
<u>Anhang IXa-c</u>	Grafiken Öffentliche Sicherheit	28

Anhang I:

Wichtigste Kennzahlen auf einen Blick (Nothilfeentschädigung von Fr. 1'800 ab 1.1.05 berücksichtigt)

	Q2-04	Q3-04	Q4-04	Q1-05	Q2-05	Q3-05	Q4-05	Q1-06	Total
1a Rechtskräftige NEE	1'788	1'185	831	646	642	578	525	490	6'685
1b Rechtskräftige NEE kumuliert	1'788	2'973	3'804	4'450	5'092	5'670	6'195	6'685	6'685
2a Nothilfeentschädigungen Bund	1'072'800	711'000	498'600	1'162'800	1'155'600	1'040'400	945'000	882'000	7'468'200
2b Nothilfeentschädigungen Bund kumuliert	1'072'800	1'783'800	2'282'400	3'445'200	4'600'800	5'641'200	6'586'200	7'468'200	7'468'200
3a Vollzugsentschädigungen Bund	2'000	23'000	30'000	60'000	35'000	26'000	87'000	37'000	300'000
3b Vollzugsentschädigungen Bund kumuliert	2'000	25'000	55'000	115'000	150'000	176'000	263'000	300'000	300'000
4 Nothilfe beziehende NEE (Neufälle)	394	713	649	746	727	830	878	908	
5 Nothilfekosten für Neufälle (ohne Gesundheitskosten)	234'866	590'717	597'484	721'821	840'065	953'304	1'220'617	1'090'281	6'249'155
6a Nothilfekosten für Neufälle (inkl. Gesundheitskosten)	253'429	776'351	697'436	866'595	1'065'583	1'181'108	1'559'661	1'311'197	7'711'360
6b Nothilfekosten für Neufälle (inkl. Gesundheitskosten) kumuliert	253'429	1'029'780	1'727'216	2'593'811	3'659'394	4'840'502	6'400'163	7'711'360	7'711'360
7 Total Unterstützungstage (Neufälle)	9'750	26'962	27'440	35'903	38'065	44'480	47'036	40'978	270'614
8a Durchschnittskosten pro Tag/Person für Neufälle (ohne Gesundheitskosten)	24	22	22	20	22	21	26	27	23
8b Durchschnittliche Bezugsdauer pro Person für Neufälle (innerhalb eines Berichtsquartals)	-	32	48	54	59	60	62	53	
9a Saldo Abgeltungen minus Kosten (2a+3a-6a)	821'371	-42'351	-168'836	356'205	125'017	-114'708	-527'661	-392'197	56'840
9b Saldo Abgeltungen minus Kosten kumuliert	821'371	779'020	610'184	966'389	1'091'406	976'698	449'037	56'840	56'840
10 Strukturkosten	590'354	917'824	922'500	1'681'376	1'632'155	1'939'257	1'229'338	1'404'702	10'317'506
11 Nothilfe beziehende NEE (Übergangsfälle)	-	-	-	1'178	1'047	1'067	969	860	
12 Nothilfekosten für Übergangsfälle (ohne Gesundheitskosten)	-	-	-	1'474'078	1'365'473	1'364'019	1'578'963	1'219'746	7'002'279
13a Nothilfekosten für Übergangsfälle (inkl. Gesundheitskosten)	0	0	0	1'667'537	1'742'060	1'740'215	2'054'854	1'602'978	8'807'644
13b Nothilfekosten für Übergangsfälle (inkl. Gesundheitskosten) kumuliert	-	-	-	1'667'537	3'409'597	5'149'812	7'204'666	8'807'644	8'807'644
14 Total Unterstützungstage (Übergangsfälle)	-	-	-	72'442	67'715	68'431	59'527	45'609	313'724
15a Durchschnittskosten pro Tag/Person für Übergangsfälle (ohne Gesundheitskosten)	-	-	-	20	20	20	27	27	22
15b Durchschnittliche Bezugsdauer pro Person für Übergangsfälle (innerhalb e.Berichtsquartals)	-	-	-	65	70	72	71	64	
16 Polizeiliche Anhaltungen (Neufälle)	265	409	553	668	524	468	378	525	
17 Angehaltene Personen (Neufälle)	200	292	360	385	313	342	271	352	
19 Polizeiliche Anhaltungen (Übergangsfälle)	-	-	-	765	554	375	309	280	
20 Angehaltene Personen (Übergangsfälle)	-	-	-	529	426	286	223	206	

Anhang II: Rechtskräftige NEE nach Nationalität (Neufälle)

Nationalität	2. Quartal 2004		3. Quartal 2004		4. Quartal 2004		1. Quartal 2005		TOTAL 1		2. Quartal 2005		3. Quartal 2005		4. Quartal 2005		1. Quartal 2006		TOTAL2	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anz.	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Staat unbekannt	424	24	262	22	119	14.3	79	12.2	884	19.9	89	13.9	96	16.6	83	15.8	105	21.4	373	16.7
Serbien und Montenegro	146	8.2	110	9.3	83	10	63	9.8	402	9.0	111	17.3	100	17.3	54	10.3	52	10.6	317	14.2
Bulgarien	61	3.4	83	7	72	8.7	66	10.2	282	6.3	60	9.3	36	6.2	66	12.6	29	5.9	191	8.5
Georgien	75	4.2	68	5.7	64	7.7	41	6.3	248	5.6	26	4	47	8.1	26	5	25	5.1	124	5.5
Guinea	122	6.8	46	3.9	27	3.2	20	3.1	215	4.8	39	6.1	19	3.3	23	4.4	12	2.4	93	4.2
Nigeria	96	5.4	59	5	37	4.5	31	4.8	223	5.0	23	3.6	25	4.3	17	3.2	31	6.3	96	4.3
Algerien	94	5.3	46	3.9	37	4.5	28	4.3	205	4.6	22	3.4	22	3.8	19	3.6	13	2.7	76	3.4
Türkei	38	2.1	32	2.7	30	3.6	22	3.4	122	2.7	27	4.2	33	5.7	19	3.6	17	3.5	96	4.3
Russland	45	2.5	32	2.7	37	4.5	16	2.5	130	2.9	20	3.1	8	1.4	28	5.3	5	1.0	61	2.7
Bosnien-Herzegowina	32	1.8	33	2.8	14	1.7	20	3.1	99	2.2	13	2	15	2.6	14	2.7	19	3.9	61	2.7
Mazedonien	44	2.5	14	1.2	18	2.2	28	4.3	104	2.3	21	3.3	6	1	9	1.7	8	1.6	44	2.0
Armenien	35	2	10	0.8	24	2.9	9	1.4	78	1.8	10	1.6	8	1.4	5	1	13	2.7	36	1.6
Irak	13	0.7	17	1.4	13	1.6	16	2.5	59	1.3	13	2	11	1.9	0	0	0	0.0	24	1.1
Kamerun	21	1.2	17	1.4	6	0.7	2	0.3	46	1.0	14	2.2	10	1.7	9	1.7	9	1.8	42	1.9
Andere (1.Quartal 06: 40 Nationalitäten)	542	30	356	30	250	30.1	205	31.7	1353	30.4	154	24	142	24.7	153	29.1	152	31.0	601	26.9
Total	1788	100	1185	100	831	100	646	100	4450	100.0	642	100	578	100	525	100	490	100.0	2235	100.0

Anhang III: Rechtskräftige NEE nach Verfahrensdauer (Neufälle)

Ver- fahrens- dauer (Tage)	2. Quartal 2004		3. Quartal 2004		4. Quartal 2004		1. Quartal 2005		TOTAL 1. Jahr		2. Quartal 2005		3. Quartal 2005		4. Quartal 2005		1. Quartal 2006		TOTAL 2. Jahr	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anz.	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
≥ 730	27	1.5	50	4.2	22	2.6	41	6.3	140	3.1	30	4.7	37	6.4	17	3.2	10	2.0	94	3.6
366 - 729	102	5.7	86	7.3	55	6.6	52	8.1	295	6.6	27	4.2	34	5.9	41	7.8	18	3.7	120	6.4
181 - 365	226	12.6	187	15.8	136	16.4	84	13.0	633	14.2	37	5.8	29	5.0	37	7.1	68	13.9	171	11.9
30 - 180	1117	62.5	534	45.1	348	41.9	292	45.2	2291	51.5	382	59.5	313	54.1	297	56.6	311	63.5	1303	53.0
<30 Tage	316	17.7	328	27.7	270	32.5	177	27.4	1091	24.5	166	25.8	165	28.6	133	25.3	83	16.9	547	25.1
Total	1788	100.0	1185	100.0	831	100.0	646	100.0	4450	100.0	642	100.0	578	100.0	525	100.0	490	100.0	2235	100.0

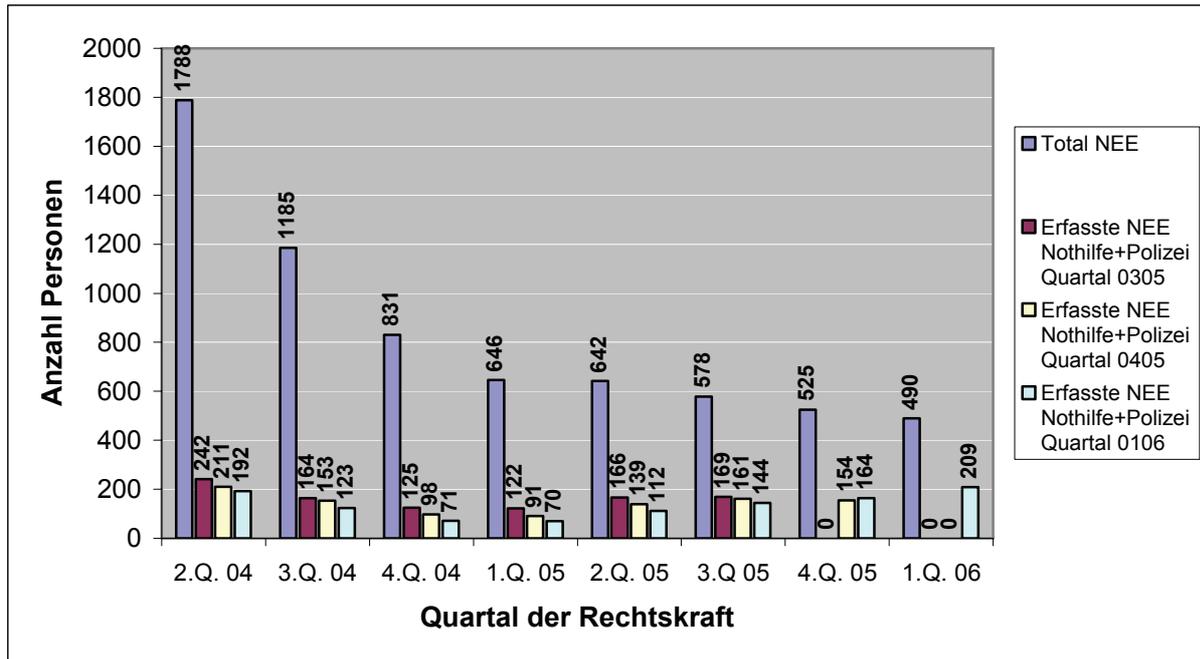
Anhang IIIa: Gemeldete Personen (Neufälle; Nothilfe und/oder Anhaltung) im 1. Quartal 2006 nach Quartal der Rechtskraft des NEE

Melde- quartal	Quartal der Rechtskraft des NEE																	
	2. Quartal 2004		3. Quartal 2004		4. Quartal 2004		1. Quartal 2005		2. Quartal 2005		3. Quartal 2005		4. Quartal 2005		1. Quartal 2006		TOTAL	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
3. Quartal 05	242	13.5	164	13.8	125	15.0	122	18.9	166	25.9	169	29.2	x	x	x	x	988	14.8
4. Quartal 05	211	11.8	153	12.9	98	11.8	91	14.1	139	21.7	161	27.9	155	29.5	x	x	1008	15.1
1. Quartal 06	192	10.7	123	10.4	71	8.5	70	10.8	112	17.4	144	24.9	164	31.2	209	42.7	1085	16.2

%-Angaben: Anteil Personen, deren NEE in einem bestimmten Quartal rechtskräftig wurde und die in einem Folgequartal noch aufgetreten sind, in Prozent der Gesamtzahl der rechtskräftig gewordenen NEE des Rechtskraftsquartals. Bsp: Im 1. Quartal 2006 sind 192 Personen mit Rechtskraftsdatum im 2. Quartal 2004 aufgetreten, das sind 10.7% der 1788 Personen mit einem rechtskräftigen NEE im 2. Quartal 2004.

x: nicht möglich. Im Monitoring werden nur Nothilfebezüge und Anhaltungen berücksichtigt von Personen mit einem rechtskräftigen NEE. Im 3. Quartal 2005 kann es folglich keine Anhaltungen oder Nothilfebezüge geben von Personen, deren NEE erst im Folgequartal oder später rechtskräftig geworden ist.

Anhang IIIb: Gemeldete Personen (Neufälle; Nothilfe und/oder Anhaltung) im 1. Quartal 2006 nach Quartal der Rechtskraft des NEE (Grafik)



Anhang IV: Nothilfe: Durchschnittliche Bezugsdauer pro Kanton und Quartal (Neufälle)

Kanton	2. Quartal 04		3. Quartal 04		4. Quartal 04		1. Quartal 05		2. Quartal 05		3. Quartal 05		4. Quartal 05		1. Quartal 06	
	Per-sonen	Durch-schnittl. Bezugs-dauer														
AG	21	4.3	12	3.8	5	7.4	30	22.8	40	28.2	61	48.4	60	52.1	78	46.3
AI	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	5
AR	3	12.3	3	38	0	0	4	44	1	3	2	61.5	3	51.3	3	64.3
BE	72	23	83	21.1	79	34.4	103	41.7	66	52.6	64	45.8	54	58.6	73	59.6
BL	8	9.4	17	37.1	19	39.7	27	47.4	27	60	31	63.9	33	54.9	28	46.7
BS	4	44.5	8	44.4	4	32.2	6	61.5	7	67.7	8	89.1	8	44.8	8	67.3
FR	21	6.5	20	16.4	16	35.6	16	67.6	18	61.5	10	56.7	15	46.2	13	45.1
GE	16	6.5	22	21.4	32	k.A.	41	37.4	40	43.7	49	47.2	48	39.5	52	45.4
GL	0	0	3	19	1	10	0	0	0	0	1	7	1	22	0	0
GR	0	0	0	0	0	0	2	5	2	16	1	20	1	39	7	12.5
JU	0	0	1	92	1	77	2	3.5	3	29	5	46	2	3	2	8.5
LU	5	2.8	10	23.1	9	24.4	11	43.4	16	46.1	15	58.8	10	56.8	8	28.6
NE	17	24.1	29	21.6	10	22.4	19	54	16	55.4	14	11.8	10	13.8	11	21.9
NW	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	32.5	1	92	2	45.5
OW	2	k.A.	0	0	6	k.A.	3	0	4	10.5	2	42	2	44.5	2	6.5
SG	2	2	55	50.7	20	45.9	20	38.2	34	52.7	26	48.2	36	72.7	39	50.9
SH	6	8.2	15	61.2	11	58.7	11	47.1	14	62.8	19	68.3	18	65	18	69.8
SO	22	19.2	31	43.4	43	48.1	39	63.5	38	73.8	38	84.1	34	53.4	30	54.6
SZ	7	7.6	3	5	9	39.7	7	38.3	5	31.6	4	3.8	6	17.7	7	13.7
TG	7	38.4	6	44.8	2	15.5	8	32.5	4	56.8	1	92	8	32	9	57.6
TI	21	24.4	5	56.4	8	22.2	7	51.3	4	32.3	2	37	7	45.8	2	7
UR	3	k.A.	1	2	0	0	0	0	2	46	2	92	1	31	0	0
VD	18	2.8	33	33.2	25	31.5	28	38.9	44	34.4	105	52.2	125	70.9	90	51.9
VS	18	13.9	22	25.7	11	46	14	36.3	15	47.1	16	56.6	21	66.3	25	68.4
ZG	0	k.A.	0	0	2	k.A.	0	0	0	0	0	0	2	19	3	46
ZH	121	k.A.	247	k.A.	254	67.6	272	68.5	247	74.6	258	73.5	256	71.4	257	59.5
Total	394	k.A.	626	31.6	567	48.4	670	53.6	647	58.8	736	60.4	762	61.7	768	53.3

Anhang V:

Verhältnis Nothilfebeziehende (ohne Gesundheitskosten) zu zugeteilten Personen mit rechtskräftigem NEE pro Kanton (Neufälle)

Kanton	4. Quartal 04			1. Quartal 05			2. Quartal 05			3. Quartal 05			4. Quartal 05			1. Quartal 06		
	Zugeweilte kumuliert	Nothilfe- be- ziehende	%															
AG	345	5	1.4	387	30	7.8	441	40	9.1	497	61	12.3	536	60	11.2	578	78	13.5
AI	6	0	0.0	6	0	0.0	6	0	0.0	7	0	0.0	8	0	0.0	9	1	11.1
AR	23	0	0.0	26	4	15.4	30	1	3.3	34	2	5.9	38	3	7.9	45	3	6.7
BE	551	79	14.3	644	103	16.0	722	66	9.1	787	64	8.1	865	54	6.2	909	73	8.0
BL	147	19	12.9	166	27	16.3	183	27	14.8	196	31	15.8	211	33	15.6	225	28	12.4
BS	80	4	5.0	92	6	6.5	107	7	6.5	125	8	6.4	148	8	5.4	159	8	5.0
FR	99	16	16.2	114	16	14.0	129	18	14.0	139	10	7.2	153	15	9.8	165	13	7.9
GE	154	32	20.8	186	41	22.0	208	40	19.2	237	49	20.7	268	48	17.9	291	52	17.9
GL	17	1	5.9	21	0	0.0	23	0	0.0	25	1	4.0	27	1	3.7	28	0	0.0
GR	104	0	0.0	121	2	1.7	136	2	1.5	145	1	0.7	163	1	0.6	178	7	3.9
JU	39	1	2.6	48	2	4.2	60	3	5.0	61	5	8.2	66	2	3.0	73	2	2.7
LU	202	9	4.5	239	11	4.6	274	16	5.8	306	15	4.9	321	10	3.1	344	8	2.3
NE	93	10	10.8	107	19	17.8	119	16	13.4	135	14	10.4	152	10	6.6	162	11	6.8
NW	14	0	0.0	18	0	0.0	21	0	0.0	28	2	7.1	31	1	3.2	32	2	6.3
OV	12	6	50.0	15	3	20.0	19	4	21.1	22	2	9.1	27	2	7.4	29	2	6.9
SG	230	20	8.7	282	20	7.1	327	34	10.4	353	26	7.4	383	36	9.4	421	39	9.3
SH	50	11	22.0	56	11	19.6	64	14	21.9	72	19	26.4	75	18	24.0	81	18	22.2
SO	134	43	32.1	154	39	25.3	173	38	22.0	196	38	19.4	210	34	16.2	224	30	13.4
SZ	66	9	13.6	71	7	9.9	91	5	5.5	99	4	4.0	107	6	5.6	118	7	5.9
TG	94	2	2.1	119	8	6.7	137	4	2.9	151	1	0.7	172	8	4.7	188	9	4.8
TI	154	8	5.2	190	7	3.7	230	4	1.7	263	2	0.8	290	7	2.4	315	2	0.6
UR	19	0	0.0	21	0	0.0	23	2	8.7	25	2	8.0	28	1	3.6	28	0	0.0
VD	287	25	8.7	324	28	8.6	388	44	11.3	457	105	23.0	492	125	25.4	533	90	16.9
VS	136	11	8.1	154	14	9.1	186	15	8.1	204	16	7.8	228	21	9.2	246	25	10.2
ZG	36	2	5.6	46	0	0.0	56	0	0.0	66	0	0.0	72	2	2.8	82	3	3.7
ZH	710	254	35.8	841	272	32.3	935	247	26.4	1034	258	25.0	1118	256	22.9	1216	257	21.1
ohne	2	0	0.0	2	0	0.0	4	0	0.0	6	0	0.0	0	0	0.0	6	0	0.0
TOTAL	3'804	567	14.9	4'450	670	15.1	5'092	647	12.7	5'670	736	13.0	6'195	762	12.3	6'685	768	11.5

Anhang VIa:

Nothilfekosten 1. Quartal 2006 (OHNE Übergangsfälle) und ohne Vollzugsentschädigungen von 37'000 Franken, Nothilfeentschädigung von Fr. 1'800 ab 1.1.05 berücksichtigt)

Kanton	Nothilfe-beziehende	Nothilfe-beziehende (ohne Gesundheitskosten)	Anzahl Tage Total	Kosten (ohne Gesundheit)	Durchschnittskosten pro Person pro Tag	Gesundheitskosten	Kosten (inkl. Gesundheit)	Zugeteilte Personen mit NEE	Nothilfeabgeltungen Bund für das 1.Quartal 06	Bundesabgeltungen minus Kosten (Gesundheitskosten inkl.)
AG	83	78	3'612	63'165	17	10'094	73'259	42	75'600	2'341
AI	1	1	5	94	0	0	94	1	1'800	1'706
AR	3	3	193	2'885	15	547	3'432	7	12'600	9'168
BE	108	73	4'351	103'492	24	32'815	136'307	44	79'200	-57'107
BL	33	28	1'309	37'702	29	2'337	40'039	14	25'200	-14'839
BS	9	8	539	9'903	18	4'471	14'374	11	19'800	5'426
FR	15	13	587	16'254	28	3'325	19'579	12	21'600	2'021
GE	53	52	2'361	55'208	23	9'289	64'497	23	41'400	-23'097
GL	0	0	0	0	0	0	0	1	1'800	1'800
GR	13	7	88	2'627	30	2'609	5'236	15	27'000	21'764
JU	3	2	17	461	27	1'317	1'778	7	12'600	10'822
LU	9	8	229	4'832	21	7'705	12'537	23	41'400	28'863
NE	14	11	241	6'482	27	11'625	18'107	10	18'000	-107
NW	2	2	91	1'843	20	0	1'843	1	1'800	-43
OW	3	2	13	272	21	262	534	2	3'600	3'066
SG	40	39	1'987	41'976	21	5'244	47'220	38	68'400	21'180
SH	19	18	1'258	18'213	14	2'242	20'455	6	10'800	-9'655
SO	41	30	1'639	36'062	22	5'690	41'752	14	25'200	-16'552
SZ	7	7	96	3'047	32	0	3'047	11	19'800	16'753
TG	10	9	519	12'340	24	1'589	13'929	16	28'800	14'871
TI	3	2	14	391	28	141	532	25	45'000	44'468
UR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	104	90	4'674	157'304	34	44'440	201'744	41	73'800	-127'944
VS	34	25	1'711	51'330	30	18'373	69'703	18	32'400	-37'303
ZG	10	3	138	2'927	21	4'547	7'474	10	18'000	10'526
ZH	291	257	15'306	461'471	30	52'254	513'725	98	176'400	-337'325
ohne	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TOTAL	908⁸	768	40'978	1'090'281	27	220'916	1'311'197	490	882'000	-429'197

⁸ Eine Person, die Nothilfe in zwei Kantonen bezogen hat, wurde doppelt gezählt

Anhang VIb:

**Nothilfekosten 1. Quartal 2006 (inklusive Übergangsfälle) und ohne Vollzugsentschädigungen von 37'000 Franken,
 Nothilfeentschädigung von Fr. 1'800 ab 1.1.05 berücksichtigt**

Kanton	Nothilfe- beziehende	Nothilfe- beziehende (ohne Ge- sundheits- kosten)	Anzahl Tage Total	Kosten (ohne Gesundheit)	Durchschnitts- kosten pro Person pro Tag	Gesund- heits- kosten	Kosten (inkl. Ge- sundheit)	Zugeweilte Personen mit NEE	Nothilfe- abgeltungen Bund für das 1. Quartal 06	Bundes- abgeltungen minus Kosten (Gesundheits- kosten inkl.)
AG	150	143	6'738	117'379	17	13'220	130'599	42	75'600	-54'999
AI	3	2	27	505	0	359	864	1	1'800	936
AR	8	8	643	9'613	15	3'006	12'619	7	12'600	-19
BE	170	109	6'959	167'091	24	48'509	215'600	44	79'200	-136'400
BL	60	48	2'269	65'892	29	9'609	75'501	14	25'200	-50'301
BS	13	10	621	10'980	18	5'990	16'970	11	19'800	2'830
FR	35	23	1'389	34'628	25	12'490	47'118	12	21'600	-25'518
GE	99	96	4'118	106'022	26	23'225	129'247	23	41'400	-87'847
GL	0	0	0	0	0	0	0	1	1'800	1'800
GR	20	7	88	2'627	30	4'879	7'506	15	27'000	19'494
JU	5	3	21	626	30	3'586	4'212	7	12'600	8'388
LU	26	22	1'380	33'540	24	30'160	63'700	23	41'400	-22'300
NE	16	12	331	8'495	26	12'517	21'012	10	18'000	-3'012
NW	2	2	91	1'843	20	0	1'843	1	1'800	-43
OW	4	2	13	272	21	918	1'190	2	3'600	2'410
SG	58	56	2'885	60'194	21	31'165	91'359	38	68'400	-22'959
SH	33	30	2'107	30'422	14	6'005	36'427	6	10'800	-25'627
SO	72	56	3'324	73'529	22	17'997	91'526	14	25'200	-66'326
SZ	11	9	98	3'136	32	1'517	4'653	11	19'800	15'147
TG	23	20	1'240	28'945	23	9'833	38'778	16	28'800	-9'978
TI	6	5	284	7'938	28	2'855	10'793	25	45'000	34'207
UR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
VD	178	144	7'048	234'455	33	83'780	318'235	41	73'800	-244'435
VS	50	31	2'251	67'530	30	44'474	112'004	18	32'400	-79'604
ZG	25	14	902	18'867	21	14'675	33'542	10	18'000	-15'542
ZH ⁹	701	626	41'760	1'225'498	29	223'379	1'448'877	98	176'400	-1'272'477
ohne	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TOTAL	1'768¹⁰	1'478	86'587	2'310'027	27	604'148	2'914'175	490	882'000	-2'032'175

⁹ ZH konnte nicht alle Nothilfekosten, die in den Gemeinden angefallen sind, rechtzeitig zusammenstellen. Zum Gesamtbetrag ZH müssen hochgerechnet noch Kosten von ca. 100'000 Franken hinzugefügt werden (ganz überwiegend Kosten für Übergangsfälle).

¹⁰ Eine Person, die Nothilfe in zwei Kantonen bezogen hat, wurde doppelt gezählt

Anhang VIc:

Nothilfekosten 1. Quartal 2006 (NUR für Übergangsfälle, d.h. Personen mit einem NEE, der vor dem 1.4.04 rechtskräftig wurde)

Kanton	Nothilfe-beziehende	Nothilfe-beziehende (ohne Gesundheitskosten)	Anzahl Tage Total	Kosten (ohne Gesundheit)	Durchschnittskosten pro Person pro Tag	Gesundheitskosten	Kosten (inkl. Gesundheit)	Zugeweilte Personen mit NEE	Nothilfeabgeltungen Bund für das 1.Quartal 06	Bundesabgeltungen minus Kosten (Gesundheitskosten inkl.)
AG	67	65	3'126	54'214	17	3'126	57'340	x	0	-57'340
AI	2	1	22	411	0	359	770	x	0	-770
AR	5	5	450	6'728	15	2'459	9'187	x	0	-9'187
BE	62	36	2'608	63'599	24	15'694	79'293	x	0	-79'293
BL	27	20	960	28'190	29	7'272	35'462	x	0	-35'462
BS	4	2	82	1'077	13	1'519	2'596	x	0	-2'596
FR	20	10	802	18'374	23	9'165	27'539	x	0	-27'539
GE	46	44	1'757	50'814	29	13'936	64'750	x	0	-64'750
GL	0	0	0	0	0	0	0	x	0	0
GR	7	0	0	0	0	2'270	2'270	x	0	-2'270
JU	2	1	4	165	0	2'269	2'434	x	0	-2'434
LU	17	14	1'151	28'708	25	22'455	51'163	x	0	-51'163
NE	2	1	90	2'013	22	892	2'905	x	0	-2'905
NW	0	0	0	0	0	0	0	x	0	0
OW	1	0	0	0	0	656	656	x	0	-656
SG	18	17	898	18'218	20	25'921	44'139	x	0	-44'139
SH	14	12	849	12'209	14	3'763	15'972	x	0	-15'972
SO	31	26	1'685	37'467	22	12'307	49'774	x	0	-49'774
SZ	4	2	2	89	45	1'517	1'606	x	0	-1'606
TG	13	11	721	16'605	23	8'244	24'849	x	0	-24'849
TI	3	3	270	7'547	28	2'714	10'261	x	0	-10'261
UR	0	0	0	0	0	0	0	x	0	0
VD	74	54	2'374	77'151	32	39'340	116'491	x	0	-116'491
VS	16	6	540	16'200	30	26'101	42'301	x	0	-42'301
ZG	15	11	764	15'940	21	10'128	26'068	x	0	-26'068
ZH	410	369	26'454	764'027	29	171'125	935'152	x	0	-935'152
ohne								x	0	0
TOTAL	860	710	45'609	1'219'746	27	383'232	1'602'978	x	0	-1'602'978

Anhang VII:

Kosten für Unterbringungs-Strukturen im 1. Quartal 2006

KT	Struktur	Anzahl Plätze für NEE	Kosten	in Anhang VI berücksichtigte Unterbringungskosten	Im Anhang VI nicht berücksichtigte Strukturkosten
AG	KU Birr und Hausen	72	113'810	67'380	46'430
AI	Wohnheim Bleiche	2	2'400	289	2'111
AR	DZ Alpenblick	8	11'085	6'932	4'153
BE	Div. DZ	64	152'013		
	Div. Gemeinden im Kanton BE	8	9'527		
	Minimalzentrum Stafelalp	40	51'480		
	<i>Total BE</i>	0	213'020	73'554	139'466
BL	Notunterkunft Muttenz	60	140'000	27'863	112'137
BS	Notschlafstelle	k.A.	4'482	4'482	0
FR	Centre de la Poya	20	131'873	13'951	117'922
GE	Logements d'urgence	80	263'762	24'139	239'623
GL	DZ Rain	n.Bedarf	0	0	0
GR	Strafanstalt Realta	10	24'892	960	23'932
JU	Foyer 1er accueil Belfond	4	7'200	209	6'991
LU	Notunterkunft Ibach	9	8'763		
	Notschlafstelle	k.A.	7'520		
	Privatwohnungen Caritas	k.A.	8'910		
	<i>Total LU</i>		25'193	19'740	5'453
NE	Centre d'accueil	n.Bedarf	3'972		
	Loyers et charges	k.A.	1'670		
	<i>Total NE</i>		5'642	3'293	2'349
NW	Asylunterkunft	8	6'524	1'115	5'409
OW	Nothilfeunterkunft Alpnach	4	1'575	142	1'433
SG	Zivilschutzanlagen und Notunterkünfte in verschiedenen Gemeinden	div.	83'001	33'119	49'882
SH	Foyer +GF+	28	39'011	22'313	16'698
SO	Notunterkunft Bellach	10	1'425		
	DZ Oberbuchsiten	10	19'953		
	DZ Balmberg	12	18'855		
	<i>Total SO</i>		40'233	39'308	925
SZ	Zivilschutzanlage Chaltbach	12	9112	1'180	7'932
TG	Teil Kollektivunterkunft	15	23'895	13'678	10'217
TI	Abris protection civile Biasca	30	9'999	3'059	6'940
UR	3-Zimmerwohnung	6	1'200	0	1'200
VD	Structures d'aide d'urgence	65	337'560		
	Structures mixtes: centres et logement	80	157'450		
	<i>Total VD</i>		495'010	81'123	413'887
VS	Centre d'accueil, Pavillon réservé à l'aide d'urgence	20	22'397	22'397	0
ZG	Nothilfezentrum	25	24'177	11'915	12'262
ZH ¹¹	DZ	k.A.	97'290		
	NEE-Zentren	k.A.	417'554		
	div. Gemeinden im Kanton ZH	k.A.	182'585		
	<i>Total ZH</i>		697'429	520'079	177'350
CH			2'396'922	992'220	1'404'702

¹¹ In dieser Aufstellung nicht enthalten sind Betreuungskosten von ca. Fr. 670'000.--, die der Kanton ZH für das 1. Quartal 2006 gemeldet hat.

Anhang VIII:

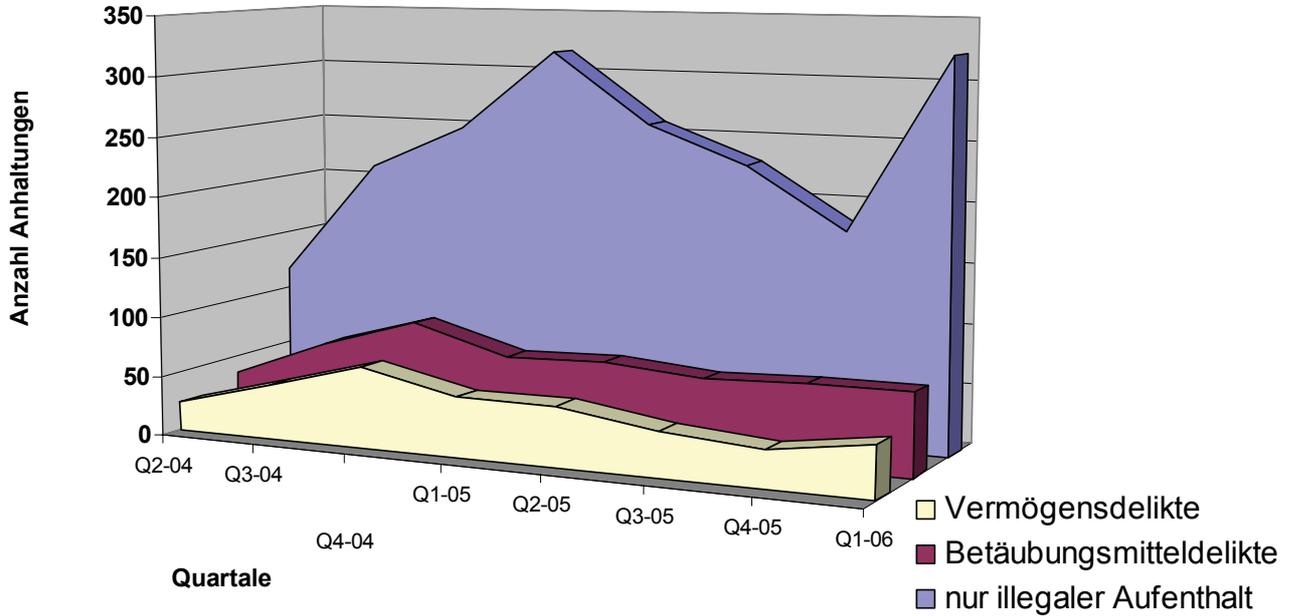
Bilanz der Nothilfekosten und Bundesentschädigungen über acht Quartale (2. Quartal 2004 bis 1. Quartal 2006);
Nothilfepauschale von 1'800 Franken ab 1.1.2005 berücksichtigt

		2. Quartal 2004	3. Quartal 2004	4. Quartal 2004	1. Quartal 2005	Total 1. Jahr	2. Quartal 2005	3. Quartal 2005	4. Quartal 2005	1. Quartal 2006	Total 2. Jahr	Total 8 Quartale
Ohne Über- gangs- fälle	Nothilfeentschädigung des Bundes	1'073'000	711'000	499'000	1'163'000	3'446'000	1'156'000	1'040'000	945'000	882'000	4'023'000	7'469'000
	Vollzugsentschädigung des Bundes	2'000	23'000	30'000	60'000	115'000	35'000	26'000	87'000	37'000	185'000	300'000
	Individuelle Nothilfe durch die Kantone (inkl. Gesundheitskosten)	253'000	776'000	697'000	867'000	2'593'000	1'066'000	1'181'000	1'560'000	1'311'000	5'118'000	7'711'000
	Saldo	822'000	-42'000	-168'000	356'000	968'000	125'000	-115'000	-528'000	-392'000	-910'000	58'000
Mit Über- gangs- fällen	Nothilfeentschädigung des Bundes	1'073'000	711'000	499'000	1'163'000	3'446'000	1'156'000	1'040'000	945'000	882'000	4'023'000	7'469'000
	Vollzugsentschädigung des Bundes	2'000	23'000	30'000	60'000	115'000	35'000	26'000	87'000	37'000	185'000	300'000
	Individuelle Nothilfe durch die Kantone (inkl. Gesundheitskosten)	253'000	776'000	697'000	2'534'000	4'260'000	2'808'000	2'921'000	3'615'000	2'914'000	12'258'000	16'518'000
	Saldo	822'000	-42'000	-168'000	-1'311'000	-699'000	-1'617'000	-1'855'000	-2'583'000	-1'995'000	-8'050'000	-8'749'000

Bis Ende 2004 (=Ende Übergangsregelung) Übergangsfälle nicht berücksichtigt

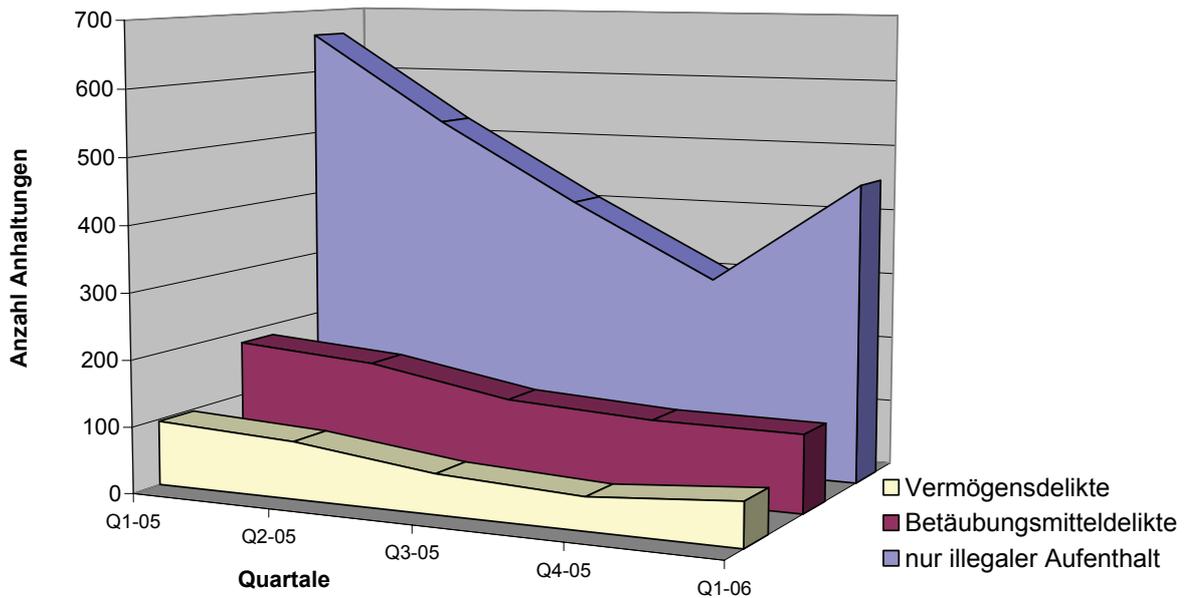
Anhang IXa : Öffentliche Sicherheit (OHNE Übergangsfälle)

Anhaltungsgründe 2. Quartal 2004 - 1. Quartal 2006



Anhang IXb : Öffentliche Sicherheit (INKLUSIVE Übergangsfälle)

Anhaltungsgründe 1. Quartal 2005 - 1. Quartal 2006



Hinweis: Der starke Anstieg der Anzahl Anhaltungen nur wegen illegalen Aufenthaltes könnte auf Praxisänderungen der Polizeibehörden in den Kantonen zurückzuführen sein. Einen besonders hohen Anstieg verzeichnet der Kanton TI, der dem BFM im 1. Quartal 2006 zahlreiche Anhaltungen gemeldet hat im Gegensatz zum Vorquartal, wo nur sehr wenige Anhaltungen verzeichnet wurden.

Anhang IXc : Öffentliche Sicherheit (NUR Übergangsfälle)

Anhaltungsgründe 1. Quartal 2005 - 1. Quartal 2006

